

Petra Kammerevert, MdEP

Rede beim Fachforum "Jugend" am 3. Februar 2012 in Hamburg

Liebe Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der Jugendarbeit,

Im Grunde genommen stehen die Perspektiven für die europabezogene Jugendbildung gar nicht schlecht. Dem gut gemeinten Ansinnen der Kommission, insgesamt für die Bildungsprogramme der EU, einschließlich den bisher durch "Jugend in Aktion" geförderten Bereichen, ab 2014 mehr Geld zur Verfügung zu stellen, wollen sich die Europaabgeordneten fraktionsübergreifend auch nicht verschließen - im Gegenteil, das ist positiv und unterstützenswert! Vorgesehen ist, dass das für Kultur und Bildung insgesamt zur Verfügung stehende Budget mit 15,2 Milliarden Euro im Vergleich zu den laufenden Programmen (alles in allem 9,1 Milliarden €) um ca. 68 % angehoben werden soll. Es bleibt zu hoffen, dass die vorgeschlagene Mittelanhebung am Ende auch von den Mitgliedstaaten im Rat mitgetragen wird.

Wir sind uns durchaus darüber bewusst, dass eine Europa 2020-Strategie nur dann erfolgreich sein kann, wenn man jetzt umfassend und intensiver als bisher in die Bildungschancen für junge Menschen investiert.

Der Weg zu diesem "Mehr" ist zwischen der Kommission einerseits und dem Rat der Europäischen Union und dem Parlament andererseits aber hoch umstritten. Die Ergebnisse des Gipfels von Anfang der Woche waren hier eher dürftig. Nach vollmundigen Ankündigungen, sich verstärkt dem Problem der Jugendarbeitslosigkeit zu widmen, ist nicht mehr übrig geblieben als das Versprechen, übrig gebliebene Strukturfondmittel in die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu investieren. Das ist mehr als mager, zumal dabei nicht bedacht wurde, dass die Mittel vielleicht nur deshalb bislang nicht abgerufen

wurden, weil in den entsprechenden Staaten die immer notwendigen Kofinanzierungsmittel nicht aufgebracht werden können. Mit Lippenbekenntnissen der herkömmlichen Art ist jedenfalls keinem Jugendlichen in Spanien, Portugal oder Italien geholfen.

Aber zurück zu "ERASMUS for all":

Insgesamt ist mir der Entwurf "Erasmus für alle" zu sehr geleitet von den derzeitigen schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen und den fiskalischen Herausforderungen der EU. Wir müssen im Auge behalten, dass es sich hierbei nicht um ein Krisenbewältigungsprogramm handelt und es bis über eine Krise hinaus sieben Jahre Wirkung haben soll. Bildung und Jugendarbeit sind nicht als Instrumente zur Steigerung des Wirtschaftswachstums entwickelt worden. Die Förderung des einzelnen Menschen muss ganz klar den Schwerpunkt des Programms ausmachen und nicht dessen wirtschaftliche Verwertbarkeit. Allein schon die immer wieder zu findenden Begriffe wie Humankapital und Humanressource lösen bei mir Schaudern aus, weil sie nicht mehr den Menschen in den Mittelpunkt des politischen Handelns stellen.

Insbesondere verkennt der Vorschlag, dass die Jugendarbeit eigenständige Ziele verfolgt. Die 2009 verabschiedete Jugendstrategie spielt in dem wichtigsten Förderinstrument der EU keine sichtbare Rolle. Ich frage mich, wozu wir eigentlich einen strukturierten Dialog zwischen der EU und den Mitgliedstaaten eingeführt haben, mit dem gesellschaftliches Engagement, soziale Eingliederung und Solidarität junger Menschen in Europa einen spürbaren Fortschritt erleben sollen, wenn all diese Ziele ein gutes Jahr später keinerlei Erwähnung mehr finden. Insoweit richtet die Kommission in der Jugendpolitik insgesamt mit dem meines Erachtens leider erarbeiteten Vorschlag großen Schaden an. Ein geradliniger jugendpolitischer Kurs und eine Ausrichtung an den Bedürfnissen junger Menschen werden kurzfristig zu Gunsten vermeintlicher wirtschaftlicher Notwendigkeiten aufgegeben. Nun ist es an uns Parlamentarier das langjährig und mühsam aufgebaute Vertrauen in die europäische Jugendpolitik wieder herzustellen. Jugend ist ein eigenständiger Lebensabschnitt, der seine eigene Wertschätzung und Förderung verdient. Diese

Wertschätzung drückt sich eben nicht in einem Etikett "Erasmus Jugendbeteiligung" aus.

Zwar erkennt der unterbreitete Verordnungsvorschlag an, dass die bisher in "Jugend in Aktion" klar definierten Aktionsbereiche non-formelle Bildungsziele verfolgen. Richtig ist auch, dass es einer stärkeren Verknüpfung des formellen Lernens mit informellen Bildungsinhalten bedarf. Jedoch kann diese Erkenntnis nicht als Begründung dafür dienen, dass "wischi-waschi" in einem neuen Förderprogramm die verschiedensten Bildungsziele munter miteinander vermengt werden und schließlich keiner mehr weiß, ob er mit einem Programmziel gemeint ist oder nicht. Beispielsweise wird das Ziel "*Lernmobilität von Einzelpersonen*" wie folgt erläutert:

"Bei dieser Mobilität kann es sich um einen Studien- bzw. Schulungsaufenthalt an einer Partnereinrichtung, einen berufspraktischen Aufenthalt im Ausland oder um die Teilnahme an Jugendaktivitäten (insbesondere Freiwilligentätigkeiten) handeln."

Das ist alles und nichts. Man wirft alles in einen Topf und am Ende fühlt sich niemand mehr wirklich angesprochen. Insofern halte ich den Vorschlag fast für gefährlich. Natürlich gibt es Verknüpfungen von nicht-formaler und formaler Bildung - wir alle wissen, wie viel Wert inzwischen Unternehmen auch auf die sogenannten soft-skills legen, die in der Schule oder Universität in der Regel nicht zum selbstverständlichen Lehrstoff gehören. Dennoch ist es falsch, den Eindruck zu erwecken, ein Studienaufenthalt sei etwas Ähnliches wie eine Maßnahme im Internationalen Jugendaustausch. Diese Verknüpfung formaler mit nicht formaler Bildung birgt zudem die Gefahr in sich, dass die Bedeutung der nicht formalen Bildung marginalisiert wird.

Diese Gefahr wird durch den unterbreiteten Namensvorschlag "ERASMUS FÜR ALLE" verschärft. Die Begründung, ERASMUS sei ja so bekannt, sorgt doch in keiner Weise dafür, dass das Wissen um die Förderung der beruflichen Bildung oder der Jugendarbeit durch die EU steigt. Gerade weil ERASMUS so bekannt ist und so eindeutig mit Hochschule und dem europaweiten Austausch von Studierenden

verbunden wird, wird der Eindruck erweckt, wir kümmern uns jetzt nur noch um Hochschulabsolventen. Diesen Eindruck auch nur ansatzweise zu erwecken ist aus meiner Sicht fatal und wenn man böse ist, ein Schlag ins Gesicht aller junger Menschen, die aus welchen Gründen auch immer nicht den Weg zu einer Hochschule suchen oder finden.

Zudem sollen im Rechtstext, also im Verordnungsvorschlag, lediglich unverbindliche Mindestbudgets in Bezug auf die schwammig definierten Leitaktionen festgeschrieben werden. Würden wir dieser Idee zustimmen, würden wir der Kommission für die nächsten sieben Jahre so etwas einen Blankoscheck ausstellen: Sie könnte dann allein mittels Durchführungsbestimmungen (sog. "*delegated acts*") im Nachhinein die Leitaktionen näher definieren und dann auch ohne parlamentarische Kontrolle in großem Umfang Mittelzuweisungen und -verschiebungen vornehmen, Hauptsache in den Aktionen sind die "Mindestförderungen" gewahrt. Ich kann Ihnen versichern, dass dieser Vorschlag fraktionsübergreifend den Nerv der Abgeordneten trifft und wir nicht bereit sind uns an dieser entscheidenden Stelle derart weitgehend das Heft des Handelns aus der Hand reißen zu lassen. Eine Budgetierung muss sich auf klar definierte Bildungsbereiche beziehen, die eine spezifische Zielgruppe ansprechen. Zumindest halte ich die Unterteilung in (schulische) Bildung, (berufliche) Aus- und Weiterbildung, Erwachsenenbildung, Hochschulbildung, Jugend und (neu hinzugekommen) Sport, für erforderlich. Weiterhin sollen diese Bildungsbereiche über Zielsetzungen definiert werden, denen sich verschiedene Aktionslinien unterordnen und außerdem sollte innerhalb der einzelnen Bereiche deutlich werden, welchen Budgetanteil man diesen jeweiligen Aktionen je Förderjahr beimisst. Und dies bitte auch rechtlich verbindlich, damit auch parlamentarische Mitentscheidung und damit öffentliche Debatten hierüber möglich sind.

Weiterhin erschließt sich mir und auch anderen Abgeordneten im zuständigen Ausschuss nicht, weshalb die eigenständige Programmdurchführung aufgegeben werden soll. Ein einziger Ausschuss soll über die Mittelvergabe für Hochschulen, berufliche Bildung, Jugend usw. entscheiden. Ich glaube hier nicht an eine

Verwaltungsverschlinkung, im Gegenteil: Ich glaube ein solches Obergremium wird schnell erkennen, dass es nicht in der Lage ist sachgerecht und mit detailliertem Fachwissen über spezifische Förderanträge in seinem Mitgliedsland zu entscheiden. So wird es dann Unterausschüsse bilden, in Deutschland wären vier denkbar, wie wir sie jetzt schon haben. Dann habe ich am Ende aber ein Gremium mehr und nicht weniger geschaffen.

Schließlich ist im Vorschlag angelegt, dass es zur Durchführung des gesamten Programms nur eine Nationalagentur je Mitgliedsland geben wird. Da der Bildungsbereich in einem gemeinsamen Programm überwiegt, besteht für Deutschland latent die Gefahr, dass statt der bisherigen Zuordnung der Nationalagentur "Jugend in Europa" zum Bundesjugendministerium eine einzige Nationalagentur der Fachaufsicht des Bildungsministeriums unterstellt wird. Sollte dies Realität werden, ist schwerlich vorstellbar, dass das Bildungsministerium das jugendpolitische know-how eines anderen Hauses achten wird. Im Ergebnis verlöre das BMFSFJ insgesamt die Gestaltungshoheit für internationale Jugendarbeit. Da die Begründung der Kommission, dies würde zur Verwaltungsvereinfachung beitragen, nicht schlüssig ist, halten wir Abgeordnete es für sachgerecht, die Durchführung der Programme den Mitgliedsländern zu überlassen, zumal man nur so dem unterschiedlichen Verwaltungsaufbau in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten gerecht werden kann.

Neben diesen wesentlichen Kritikpunkten an dem Programm müssen wir in der parlamentarischen Debatte darauf achten, dass wichtige Teilaspekte, die durch die Fortentwicklung bisheriger Programme entstanden sind, nicht verschwinden. So ist es mir ein Anliegen, den Zugang benachteiligter und individuell beeinträchtigter Jugendlicher zu den einzelnen Angeboten sicherzustellen. Wir können nicht einerseits deren Inklusion in alle Bildungsbereiche fordern und uns andererseits im zentralen Förderinstrument komplett darüber ausschweigen, wie dies konzeptionell angelegt werden soll.

Schließlich wird durch das Bestreben nach Verwaltungsvereinfachung das Bemühen um die qualitative Steigerung der Förderung vernachlässigt. Ich bin davon überzeugt, dass man die Qualität aller bisherigen Programme steigern könnte, würde man in das Förderprogramm ein Konzept integrieren, das die Notwendigkeit der Beratung, Vor- und Nachbereitung sowie Begeleitung der Programmteilnehmer stärkt. Mit "einfach nur ein bisschen mehr Geld hinterherschmeißen" ist es eben nicht getan.

Auch ich setze mich im Rahmen der Verhandlungen über die Fortführung des bisherigen EU-Förderprogramms "Jugend in Aktion" ab 2014 für ein eigenes Kapitel "Jugend" innerhalb des Programmvorschlages mit dem bisherigen Namen "Erasmus für alle" ein.

Auch mir wäre die Beibehaltung eines eigenständigen Jugendprogramms lieber. Dieser Weg ist uns Europaparlamentarier aber verbaut. Wir haben im Gegensatz zu Bundestagsabgeordneten kein Initiativrecht für Gesetzesvorhaben. Wir können also nicht neben der Kommission eigene Programmvorschlüsse erfinden, sondern müssen im Rahmen des Vorgeschlagenen umbauen. Es würde aus meiner Sicht wenig sinnvoll sein, nun alles, was bisher "Jugend in Aktion" darstellte, aus dem "Erasmus-für-alle"-Vorschlag herauszustreichen, in der Hoffnung dass die Kommission dann ein neues Jugendprogramm vorschlagen würde. Diese Garantie gibt uns niemand.

Deshalb lohnt es sich umso mehr, gemeinsam für ein eigenständiges Kapitel "Jugend in Aktion" in diesem Vorschlag zu kämpfen. Bisher erfolgreich durchgeführte Programme sollen auch in dem alle vereinenden Vorschlag, am besten mit ihrem bisherigen Namen, zumindest aber mit klar abgegrenzten Zielvorgaben für spezifische Zielgruppen und klar ausgewiesenen Budgetlinien erkennbar bleiben. Dies gilt nicht nur für "Jugend in Aktion", sondern auch für "Lebenslanges Lernen" mit seinen Unterprogrammen, wie z.B. Leonardo oder Comenius und für ERASMUS MUNDUS.

In den nächsten Wochen und Monaten haben wir viel und anstrengende Überzeugungsarbeit zu leisten. Meine Kollegen im Parlament und ich sehen Sie hier

als unseren starken Partner an der Seite. Am 27. März wird unser Ausschuss zum Programmvorschlag "ERASMUS für alle" eine Expertenanhörung durchführen. Ich habe den Vorsitzenden des Bundesjugendringes, Sven Frye, als Experten für diese Anhörung vorgeschlagen und hoffe, dass wir uns im Ausschuss auch auf ihn als Experten für die künftige Förderung im Jugendbereich werden einigen können. Insgesamt bin ich jedoch recht zuversichtlich, dass es uns gelingen kann, den Vorschlag der Kommission vom Kopf auf die Füße zu stellen.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und freue mich nun auf eine spannende Diskussion

Vielen Dank.